



4 Jahre Friedenspartnerschaft Gießen - Hiroshima

Eine Bilanz

Juli 1989



AM 6. AUGUST 1945 GING HIROSHIMA IM FEUER EINER ATOMBOMBE UNTER.

das Thema

Gießen, 6. 12. 1944 - Hiroshima, 6. August 1945, zwei Tage, die viele Menschen, die überlebten, nicht vergessen werden: Zerstörung der Städte, Tote, Verletzte, Folgewirkungen...

Die Parallelen hatten die Gießener Stadtverordneten vor Augen, als sie vor vier Jahren, im September 198 beschlossen:

Die Universitätsstadt Gießen unterstützt das von den Städten Hiroshima und Nagasaki initiierte "Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen".

Der Gießener Presse war dieser bedeutungsvolle Beschluß, der einstimmig gefaßt wurde, nur ein paar Zeilen wert.

Über zwei Jahre ist es her, daß die DKP den Spuren der Verwirklichung dieses Beschlusses nachgehen wollte. Ergebnis: Fehlanzeige. Selbst Oberbürgermeister Manfred Mutz, damals Gießener Stadtverordneter, wußte nichts.

Dabei ist diese Entscheidung, mit der die Stadt ihren Willen zu einer internationalen Friedenspartnerschaft der Städte Ausdruck gab, heute aktueller denn je: Die Diskussion um die "Modernisierung" von Kurzstreckenraketen innerhalb der NATO zeigt, daß der Friedens- und Abrüstungsprozeß in der Welt keineswegs im Selbstlauf geschieht, wie es viele Menschen nach dem Vertrag über die Verschrottung der Pershing II geglaubt hatten. Die Mittelstrecken-Atomwaffen sind zum Teil schon verschwunden, die Militärstrategen der NATO sind geblieben! Die alten Kräfte, die "Herren der Bank, der Industrie, die Minister und Generäle" (Erich Kästner) sind immer noch da und sinnieren auf "Vorwärtsverteidigung" und auf Super-Profite. Allein der Versuch eines Zusammenschlusses von Daimler-Benz und dem Rüstungskonzern MBB zu einem Super-Rüstungskonzern, zeigt die Tendenz in der BRD.

6. Dezember 1944 und 6. August 1945 verbinden beide Städte miteinander. Die Tage verpflichten aber auch, gemeinsam gegen Atomwaffen, gegen die Militarisierung der Gesellschaft vorzugehen.

Die kommunale Friedenspolitik muß und kann ihren Beitrag dazu leisten. Genau wie im Faschismus ist Gießen heute Zielscheibe, denn Gießen ist wieder Garnisonsstadt, Gießen ist bestückt mit Atomwaffen und Patriot-Raketen, Gießen ist Umschlagplatz für alle Nachschubgüter der NATO im Nahen Osten. Rüstung trifft schon im Frieden; nämlich die 2.500 Wohnungssuchenden, deren Wohnungen für Militärs verwendet werden; nämlich die Erholungssuchenden, deren Erholungsgebiet mit NATO-Stacheldraht eingezäunt wird, nämlich die Kinder, die durch Tiefflieger erschreckt werden; nämlich die Sozialhilfeempfänger, deren Sozialhilfesatz nicht erhöht wird, weil in Bonn Tornado-Militärflugmaschinen bezahlt werden. Diese Reihe ließe sich beliebig erweitern.

Die Kommunalpolitik muß hierzu deutlich "NEIN" sagen. Wie kann man das besser, als unter Anknüpfung

an die Geschichte, die viele von uns noch erlebt haben. Deshalb ist die DKP auch so hartnäckig und will den Magistrat zum Handeln bringen.

Ein unvoreingenommener Leser der Dokumentation wird sich sicher fragen, warum der Magistrat nicht auf die vielfältigen Vorschläge der DKP zur Hiroshima-Initiative eingeht? Wir fragen uns das auch. Sei es aus politischer Sturheit, um den Kommunisten kein bißchen entgegenkommen, sei es aus purem Antikommunismus á la CDU. Egal, warum: Beide Verhaltensweisen machen blind gegenüber dem Wesentlichen. Beide Verhaltensweisen fördern keineswegs das Friedensbewußtsein in unserer Stadt. Gute Chancen kommunaler Friedenspolitik liegen so brach. Dabei hat der Magistrat gute Ansätze einer Friedenspolitik, beginnend bei Unterstützung der Friedensbewegung bei Ostermärschen oder am Antikriegstag, am 1. September jeden Jahres oder bei Beschlüssen, wie "Gießen atomwaffenfrei". Umso unverständlicher wird die ablehnende Haltung des Oberbürgermeisters zu unseren Vorschlägen.

Sozialdemokraten, Grüne, Pazifisten, Christen sind sich durch die gemeinsame Arbeit in der Friedensbewegung näher gekommen. Egon Bahr forderte, daß dem Gespräch mit der SED jetzt das Gespräch mit der DKP folgen müsse, wolle die SPD glaubwürdig bleiben. Vielleicht ist die Hiroshima-Städtepartnerschaft geeignet, auch "Neues Denken" beim Magistrat zu bewirken.

Mit dieser Dokumentation wollen wir eine Bilanz unseres Bemühens ziehen. Wir appellieren an alle Parteien, Organisationen und an jeden Einzelnen; kümmern Sie sich um die Friedenspolitik der Stadt, helfen Sie mit, damit sich etwas bewegt! Der nächste Hiroshima-Jahrestag liegt uns näher, als die Verantwortlichen der Stadt glauben!

DKP-Wohngebietsgruppe Mitte/Ost
Mario Berger, Gruppenvorsitzender
Michael Beltz, Mitglied des Kreisvorstandes

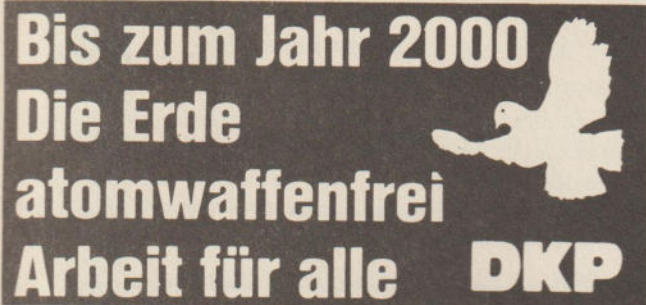
Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen und die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Albert Einstein, 1932

DKP-Antrag:

6. Dezember mahnt – Hiroshima-Initiative jetzt beitreten

Den in der kommunalen Friedenspolitik lahmenden Magistratsgaul auf Trab zu bringen, hat sich die Wohngebietsgruppe Mitte/Ost der DKP vorgenommen.



Zwar wurde von SPD und Grünen im Stadtparlament Gießen zur atomwaffenfreien Zone erklärt, zwar treten Magistratsmitglieder bei Veranstaltungen der Friedensbewegung als Diskussionsredner auf – aber von eigenständigen Magistratsinitiativen in der Friedenspolitik kann keine Rede sein. Das haben der Kreisvorstand der DKP und die Wohngebietsgruppe zum Anlaß genommen, vom Magistrat zu fordern, daß die Stadt Gießen offiziell dem „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beiträgt.

Diese Initiative der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, der u.a. auch Hannover und Reinheim angehören, hat das Ziel, in den Städten das „Interesse für die Ausrottung von Atomwaffen zu wecken“ und „auf diese Weise einen Beitrag zu leisten für einen dauerhaften Weltfrieden“. Zu dem Programm gehören die Durchführung kommunaler Friedensveranstaltungen und -feste, die Herausgabe von Informationsbroschüren und Büchern, Bilder- und Fotoausstellungen über die atomaren Verbrechen der USA in den beiden japanischen Städten.

Dem Austausch von Informationen der Städte untereinander wird große Bedeutung beigegeben.

Im DKP-Antrag wird darauf verwiesen, daß noch nicht einmal ein Jahr vor dem US-Atombombenabwurf auf die Zivilbevölkerung von Hiroshima und Nagasaki die Stadt Gießen am 6. Dezember 1944 zu 75 % in Schutt und Asche gelegt wurde und über 800 Menschen ums Leben kamen. In einem nächsten Krieg wird von Gießen nichts mehr übrig bleiben angesichts der wahnsinnigen Fortentwicklung der Waffen. Da weite Flächen des Gießener Stadtgebietes von der amerikanischen Armee und der Bundeswehr besetzt sind, ist Gießen ein vorrangiges militärisches Ziel.

Angesichts der immer weiter vorwärts getriebenen Rüstungspolitik der USA mit Weltraumaufrüstung, Massenproduktion neuartiger Giftgasgranaten usw., im Zusammenhang mit der aggressiven NATO-Strategie der Abschreckung wird die Zeit immer drängender, daß auch die Gießener Stadtpolitik eindeutig, öffentlich, ablehnend zum Rüstungswettlauf Stellung nimmt. Ebenso muß Gießener

Kommunalpolitik als Zeichen gegen die rechte Wendepolitik in Bonn klar und eindeutig Stellung beziehen, z.B. die Militärpläne der Bundesregierung und der französischen Regierung zum Bau neuer Kampfhubschrauber verurteilen. Während die Mittelstreckenvereinbarung zwischen der UdSSR und den USA unterzeichnet wird und „Michail Gorbatschow wesentliche Voraussetzungen für einen Erfolg der Abrüstungsbemühungen“ (SPD-Präsidiumsmitglied Klose) schafft, zeigen die Pläne von USA- und BRD-Regierung, daß sie immer noch auf Aufrüstung programmiert sind.

Der grundsätzliche Auftrag an die Kommunalpolitiker, Schaden von den Bürgern abzuwenden, zeigt, welche große Verantwortung ihnen bei der Friedenssicherung zukommt. Diese Pflicht zum Handeln muß jetzt auch in Gießen erfüllt werden.

DGB, Friedensinitiative, SPD, Grüne und alle am Frieden interessierten Bürger sind aufgerufen, den Antrag an den Magistrat zu unterstützen.

Mario Berger

DAS KLEINE TOTE MÄDCHEN

Ich klopf an deiner Türe an,
– bei wieviel Türen ich schon war! –
Wenn mich auch keiner sehen kann;
denn die Toten sind unsichtbar.

Ich lebte in Hiroshima.
Das ist 10 Jahre her.
Jetzt bleib ich für immer sieben Jahr.
Tote Kinder wachsen nicht mehr.

Zuerst fing das Feuer mein Haar,
dann sind mir die Augen verbrannt,
die Hände -, mein Blut ist verdampft.
Bis ich nur mehr Asche war.

Nichts Liebes mehr tun könnt ihr mir.
Nichts. Nichts. Ihr müßt bedenken,
ein Kind ist verbrannt wie Papier.
Ihr könnt ihm nichts mehr schenken.

Leis' klopf ich an eure Türen
Gebt mir eure Unterschrift.
Daß es nie mehr Kinder trifft,
daß nie mehr Kinder verbrennen,
und daß sie Bonbons essen können.

Nazim Hikmet

Die Kreisorganisation Gießen der Deutschen Kommunistischen Partei beantragt:

Der Magistrat der Stadt Gießen möge beschließen:

- 1) Der Magistrat der Stadt Gießen begrüßt die Aufforderung der Oberbürgermeister der Städte Hiroshima und Nagasaki, die Solidarität der Städte mit dem Ziel der Vollständigen Abschaffung der Atomwaffen zu fördern.
- 2) Der Magistrat erläutert in einem Schreiben an die Oberbürgermeister der beiden Städte seine Haltung.
- 3) Die Partnerstädte Gießens werden von dem Schritt der Stadt Gießen in Kenntnis gesetzt.
- 4) Der Magistrat der Stadt Gießen legt das "Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen" der Stadtverordnetenversammlung als Beschlußvorlage vor und beantragt die Abstimmung über den Beitritt der Stadt Gießen.
- 5) Zur inhaltlichen Umsetzung des Beschlusses berät der Magistrat sich mit der Gießener Friedensinitiative (GFI), dem DGB und anderen interessierten Organisationen. Er legt der Stadtverordnetenversammlung auf der Grundlage der Programmklärung und der Beratungsergebnisse mit den Organisationen einen Entwurf vor.
- 6) Für den Haushaltsentwurf 1988 sind für die Realisierung von 1) bis 5) Haushaltsmittel vorzusehen.

OB Mutz antwortet

Auf den Antrag von Kreisvorstand und Wohngebietsgruppe Mitte/Ost an den Magistrat, der einen Beitritt der Stadt Gießen zur internationalen Abrüstungsinitiative der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vorsieht, hat Oberbürgermeister Mutz geantwortet.

Er betont, daß der Beschluß der Stadtverordneten vom 17.10.1983, Gießen zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, auch „Ausdruck des Willens der Stadtverordneten“ sei, „sich für die Abschaffung aller Atomwaffen einzusetzen“. Für den Magistrat bestünde aber derzeit kein „Handlungsbedarf“, da von der Stadtverordnetenversammlung keine weitergehenden Forderungen beschlossen wurden. Der Oberbürgermeister verweist darauf, daß die DKP, da sie nicht im Stadtparlament vertreten ist, kein Antragsrecht besitze. Die DKP wird aber seine Anregung aufnehmen und darauf drängen, daß eine antragsberechtigte Partei unseren Antrag übernimmt. Leider schreibt Manfred Mutz nicht, ob der Magistrat den Willen hat, unsere Forderung einzubringen.

Die DKP hat sich deshalb mit der Bitte an die Fraktionen der im Stadtparlament vertretenen Parteien gewandt, den Antrag zu übernehmen und im Stadtparlament einzubringen.

Mario Berger

Gießener Echo, Januar 1988

DKP fordert neue Städtepartnerschaft

Gießen (V). Gießen soll der von Hiroshima und Nagasaki initiierten Städtepartnerschaft zur „Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beitreten, um mit den Repräsentanten der beiden Städte einen Beitrag dazu zu leisten, daß sich die Ausstrahlung ganzer Städte durch Massenvernichtungswaffen niemals wiederholt. Dies forderte der Kreisvorstand der DKP Gießen in einem Antrag an den Magistrat. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß Gießen am 6. Dezember 1944 durch Luftangriffe, bei denen 800 Menschen ums Leben kamen, zu 75 Prozent zerstört wurde und heute wieder weite Flächen der Stadt durch militärische Nutzung einem Gebrauch zum Wohl der Bevölkerung entzogen seien.

GA 4.12.87

Die Verabschiedung und Verbergung des Hiroshima-Antrages, durchgeführt von Gießener Lokalpolitikern

Vorbemerkung:

Schon lange ist die DKP der Meinung, daß trotz oder gerade wegen des Beschlusses, Gießen zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, zu wenig konkrete Friedensarbeit in unserer Stadt stattfindet.

1. Akt

Daher stellte die DKP u.a. Anfang Dezember den Antrag an den Magistrat, Gießen möge offiziell dem „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beitreten, entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stellen usw. usf.

Hiroshima-Initiative

Diese Initiative der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki hat das Ziel, in den Städten das „Interesse für die Ausrottung von Atomwaffen zu wecken“ und „auf diese Weise einen Beitrag zu leisten für einen dauerhaften Weltfrieden“. Zu dem Programm gehören die Durchführung kommunaler Friedensveranstaltungen und -feste, die Herausgabe von Informationsbroschüren und Büchern, Bilder- und Fotoausstellungen über die atomaren Verbrechen der USA in den beiden japanischen Städten. Dem Austausch von Informationen der Städte untereinander wird große Bedeutung beigemessen.

2. Akt

Wenige Tage später kam die Antwort von Oberbürgermeister Mutz: „*Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadtverordnetenversammlung ... hat am 17.10.1985 Gießen zur atomwaffenfreien Zone erklärt. ... Darüber hinausgehende Forderungen wurden nicht beschlossen, so daß der Magistrat derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf sieht.*“ Es folgt der Hinweis, daß die DKP, da sie nicht im Stadtparlament vertreten ist, kein Antragsrecht besitze und endet:

„Ihr Schreiben kann insofern nur als Anregung verstanden werden, die einer der Antragsberechtigten aufgreifen könnte.“

3. Akt

Diese Anregung nahm die DKP gerne auf und verschickte ein Rundschreiben an alle Fraktionen im Stadtparlament sowie an alle Parlamentarier von SPD und GRÜNEN mit der Bitte, den „Hiroshima-Tag“ zu übernehmen.

4. Akt

Die Grünen reagierten prompt und förderten Unerwartetes zu Tage. Sie schrieben der DKP: „*Unsere Fraktion hat der Stadtverordnetenversammlung im September 1985 (!) den Antrag zukommen lassen, o.g. zu unterstützen – in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.10.1985 wurde unser Antrag einstimmig verabschiedet – unserem Antrag beigefügt war auch der genaue Text des Programms. Inwieweit die Stadt Gießen bisher dieses Programm auch ausgefüllt hat, werden wir durch eine Anfrage an den Magistrat erfragen.*“

Gießener Anzeiger / 19.10.1985

„... beschlossen die Abgeordneten sämtlicher Fraktionen einstimmig, daß Gießen dem von zwei japanischen Städten initiierten „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beitreten soll.“

5. Akt

folgt in der nächsten Ausgabe des Gießener Echo.

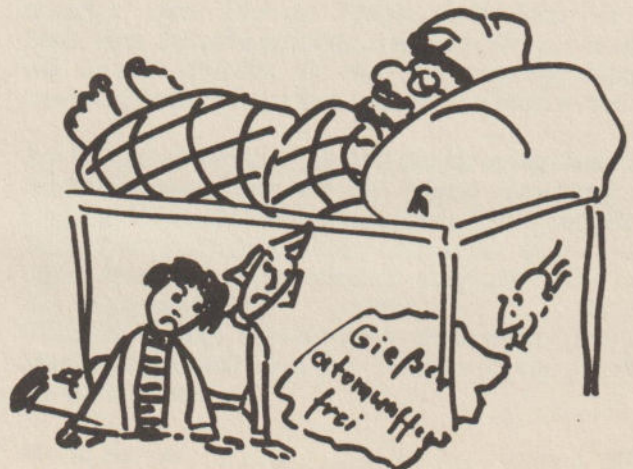
Nachbemerkung:

Diese Geschichte, die für keinen der Beteiligten – einschließlich der DKP – ein Ruhmesblatt ist, stellt u.a. klar: die Auffassung besteht zu recht, daß die Friedensbemühungen des Magistrats unzureichend sind. Sie wirft darüber hinaus eine ganze Reihe Fragen auf, die wir gerne in der nächsten Ausgabe beantworten möchten, z.B. was denn mit beschlossenen Anträgen geschieht, wie denn deren Verwirklichung kontrolliert wird und vor allem, wie es kommt, daß der OB einer Stadt keinen Handlungsbedarf in einer Sache sieht, die schon vor Jahren hätte erledigt werden müssen?

Gießener Echo, Februar 1988

*Zufrieden schnarcht der Bürgermeister,
unterm Bett die Friedensgeister.
Diese suchen, was die Stadt
für Friedensaktivitäten hat.*

*Doch über das, was man erblickt,
sind Marx und Moritz nicht entzückt.
Der schöne Gießener Friedensbeschluß
ist eines Mäuschens Freßgenuß.*



Deutsche Kommunistische Partei
-Wohngebietsgruppe Mitte/Ost-
Frankfurterstr. 59
6300 Gießen

An den
Magistrat der
Stadt Gießen
Stadthaus

Mit Erstaunen entnehmen wir der "Gießener Allgemeine" vom 3.3.1988, daß in den Jahren 1986 und 1987 finanzielle Mittel für Städtepartnerschaften, wie mit "Mohrungen" bereitgestellt wurden. Von einer internationalen Städtepartnerschaft des Friedens war in diesem Artikel nicht die Rede. Ist es möglich, daß eine internationale Städtepartnerschaft ohne finanzielle Aufwendungen existieren kann?

Wir bitten Sie, uns deshalb folgende Fragen zu beantworten:

- Wann wurde den Oberbürgermeistern der Städte Hiroshima und Nagasaki der Beschluß des Stadtparlaments zum Beitritt zur Städtepartnerschaft mitgeteilt?
- Liegt eine Reaktion der Parlamente dieser Städte vor?
- Welche Aktivitäten, Aktionen, Begegnungen wurden durchgeführt, um dieses Programm durchzuführen?
- Welche außerparlamentarischen Kräfte wurden zur Mitarbeit an der Ausgestaltung des Programms angesprochen, welche Gruppen arbeiten mit?
- Falls bis jetzt keine finanziellen Mittel bereitgestellt wurden: Werden finanzielle Mittel, u.U. über einen Nachtrags haushalt 1988 bereitgestellt?

OB Mutz antwortet DKP: „Ich werde Hiroshima informieren.“

UNIVERSITÄTSSTADT GIESSEN
Der Oberbürgermeister



Universitätsstadt Gießen · Der Oberbürgermeister · Postfach 110880 · 6300 Gießen II

Deutsche Kommunistische Partei
Frankfurter Str. 59

6300 Gießen

Gießen, Berliner Platz 1

Tele 0641-306 20 14

-10,3- Ma/Hel

21.03.1988

Hiroshima-Städtepartnerschaft:
Ihre Schreiben vom 06.03.1988

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Informationen über einen Beschluß des Stadtparlamentes zur Unterstützung des "Programms zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen" sind zutreffend. Der Beschluß wurde am 17.10.1985 gefaßt. Zu dieser Zeit war ich noch nicht Oberbürgermeister dieser Stadt. Im Zuge des Regierungswechsels in Gießen 1985 ist dieser Antrag aus Gründen, die sich heute nicht mehr nachvollziehen lassen, bedauerlicherweise nicht weiterverfolgt worden.

Ich werde deshalb im Auftrag des Magistrats die Stadt Hiroshima über den Beschluß informieren und um weitere Informationen über das Programm bitten. Daraus werden sich weitere Schritte und die mögliche Bereitstellung von Mitteln ableiten lassen. Im übrigen darf ich noch darauf hinweisen, daß ein Beitritt zur Städtepartnerschaft nicht Gegenstand des Beschlusses war, sondern nur die Unterstützung des Programms. Daraus lassen sich noch keine finanziellen Verpflichtungen ableiten.

Mit freundlichen Grüßen

Mutz
Mutz
Oberbürgermeister

GA
29.3.88

**DKP begrüßt
OB-Erklärung**

Gießen (V). Die Wohngebietsgruppe Mitte/Ost der DKP begrüßte auf ihrer Mitgliederversammlung, daß der Magistrat endlich - wie Oberbürgermeister Mutz der DKP mitteilte - das „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung der Atomwaffen“ der Städte Hiroshima und Nagasaki ausführe. Das Programm, dem zahlreiche Städte der BRD angeschlossen sind, sieht in ihren Zielen vor, durch eine engere Solidarität der Städte zum dauerhaften Weltfrieden beizutragen.

Grüne Anfrage wegen Hiroshima-Programm

Noch immer ist unklar, was mit dem Beschluß der Gießener Stadtverordnetenversammlung vom 17.10.85, dem „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beizutreten, geschehen ist, obwohl inzwischen mehr als zwei Jahre vergangen sind. Erst als die DKP Ende 1987 den gleichen Antrag stellte - und OB Mutz hierfür sogar ablehnend „keinen Handlungsbedarf“ sah, kam heraus, daß Magistrat und Stadtparlament offenbar diesen Beschluß „vergessen“ hatten. Die Grünen, auf deren Initiative damals der Hiroshima-Antrag verabschiedet worden war, haben nun in einer Anfrage an den Magistrat Auskunft verlangt, inwieweit die Stadt Gießen den Inhalt dieses Programms bisher erfüllt habe. Höchste Zeit für die städtische Regierung, etwas zu tun, oder wartet man auf entsprechende Anweisungen aus Bonn? Gießener Echo, März 1988

Diese Anfrage machten wir am 6.3.88

Aus den Parteien

DIE WOHNGEBIETSGRUPPE Mitte/Ost der DKP begrüßte auf ihrer Mitgliederversammlung, daß der Magistrat endlich – wie Oberbürgermeister Mutz der DKP mitteilte – das »Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung der

Atomwaffen« der Städte Hiroshima und Nagasaki ausführt. Die DKP hatte schon seit längerem gedrängt, daß der einstimmig erfolgte Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Oktober 1985 endlich in die Tat umgesetzt wird. Das Programm, dem zahlreiche Städte der BRD angeschlossen sind, sieht in ihren Zielen vor, durch eine engere Solidarität der Städte zum dauerhaften Weltfrieden beizutragen.

GI
Allg.
7.4.88

Hiroshima-Friedenspartnerschaft:

Über allen Magistratswipfeln herrscht Ruh'!

Vor über zwei Monaten konnten die Teilnehmer des Ostermarsches 1988 in Gießen mit Genugtuung die Worte des Magistratsmitglieds Dammann zur Kenntnis nehmen: Ab sofort gibt der Magistrat rosagrünes Licht für die Verwirklichung des Hiroshima-Programms.

Eine von der DKP vertretene Forderung und der Antrag der Grünen - vom Stadtparlament 1985 einstimmig gebilligt - könnte damit rasch verwirklicht werden. Jedoch, wie sich die Stadtväter die Gießener Beteiligung an der internationalen Friedenspartnerschaft der Städte vorstellen, bleibt bisher ihr Geheimnis.

Keiner Geheimhaltungspflicht unterworfen sind die Vorstellungen der Wohngebietsgruppe Mitte/Ost der DKP. Sie meint, daß nur eine "Koalition der Vernunft" aus unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Kräften in Gießen dem umfassenden Ziel der "Warnung vor einem atomaren Inferno" gerecht werden kann. Bei der Ausarbeitung der konkreten Schritte müssen neben Vertretern der Stadt und der Stadtparlamenten auch die Gießener Friedensinitiative, die Gewerkschaften, die "Ärzte gegen den Atomtod", die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, interessierte Bürger und als Mitinitiator die DKP beteiligt werden.



In den Verhandlungen zur Magistratspolitik einigten sich SPD und GRÜNE, daß sie alle "Möglichkeiten ausschöpfen, um die Erziehung zum Frieden zu fördern".

Im Rahmen des Hiroshima-Programms liegen viele Möglichkeiten zur Erzielung dieses Zieles. Durchführung von Ausstellungen über die Auswirkungen der Atomwaffeninfernos in Hiroshima und Nagasaki, die auch von Schulklassen besucht werden. Kurse an der Volkshochschule, Ausarbeitungen zum Zusammenhang von Faschismus und Krieg und die Auswirkungen auf Gießen, öffentliche Veranstaltungen zum Jahrestag der Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte, Kunstwettbewerbe, Friedens-Filmwochen, gemeinsame Aktionen mit den Partnerstädten.

Die richtige Schlußfolgerung von SPD und GRÜNEN im gemeinsamem Programm, daß "durch immer mehr Waffen ... nicht mehr, sondern weniger Sicherheit geschaffen" wird, führt zur Frage, wann denn nun die Stadt eine Sicherheitspolitik in diesem Sinne betreiben will. Eine Stadtpolitik, die sich auf ihrem Atomwaffenfrei-Image ausruht, hat ihre großen Chancen vertan.

Am 6. August wird zum 43. Mal der US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf die Städte Hiroshima und Nagasaki gedacht. Hunderttausende direkt betroffener Menschen mahnen, diesen Zeitpunkt auszunutzen, damit Ähnliches in gigantischen Ausmaßen nicht noch einmal passiert.

Vielleicht bewegt sich bis dahin doch etwas über den Magistratswipfeln? Und das bisher war nur die Ruhe vor dem Sturm!

Mario Berger Gießener Echo, Juni 1988



DKP fragt nach Hiroshima-Initiative

Mit folgendem Schreiben vom 19.6.88 an den Oberbürgermeister Mutz bittet die DKP-Wohngebietsgruppe Mitte/Ost um Antwort, wann endlich der Beschluß zur Unterstützung der "Friedenspartnerschaft der Städte" in die Tat umgesetzt wird.

Sehr geehrter Herr Mutz,

vor über 3 Monaten teilten Sie uns mit, daß Sie den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17.10.1985 zur Unterstützung der "Hiroshima-Städtepartnerschaft" ausführen werden.

Weder der Presse noch sonstigen Publikationen der Stadt ist bisher zu entnehmen,

- ob den Herrn Oberbürgermeistern der Städte Hiroshima und Nagasaki diese Tatsache mitgeteilt wurde,
- ob eine Antwort, und wenn ja, welche? aus diesen Städten vorliegt,
- welche Maßnahmen die Stadt Gießen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Partnerschaft plant.

Es verbleiben nur noch wenige Wochen bis zum nächsten

Gießener Echo, Juli 1988

Hiroshima-Initiative: Kommt der Frieden auf die lange Bank?

Es ist nun schon wieder 3 Monate her, daß die DKP-Wohngebietsgruppe Mitte/Ost in einem Brief an Oberbürgermeister Mutz die Frage stellte, wann endlich der Beschluß zur Unterstützung der „Friedenspartnerschaft der Städte“ in die Tat umgesetzt werde. Es ist nämlich nun schon 3 Jahre her, daß dieser Beschluß von der Gießener Stadtverordnetenversammlung gefaßt wurde (wir berichteten mehrfach). Mutz hatte auf eine vorherige Anfrage der DKP-Gruppe Aktivitäten in dieser Sache angekündigt. Und daß diese Sache, daß der Frieden auf der Erde und über unseren Köpfen äußerst wichtig und lebensnotwendig ist, das bezweifelt kaum jemand. So meinen auch Bürgermeister Schüler und Stadtkämmerer Dr. Lührmann, daß die Bemühungen um einen weiteren Abbau der Atomwaffen und um einen Stopp der Atomtests nicht nachlassen dürfen und es „müsse auch insbesondere auf kommunaler Ebene die Friedensarbeit fortgesetzt werden“ (s. GAZ vom 6. 8. 88). Die Frage ist nur, was man dafür tut. Viele Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik sind da längst aktiv geworden. Und was kann eine bessere Grundlage für den Frieden sein als die Verständigung mit den Menschen anderer Länder? Angst vor zusätzlicher Arbeit braucht man in den Magistratsstuben nicht zu haben. Die DKP hat tatkräftige Mitarbeit angeboten und es ist sicher, daß auch genügend weitere Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dazu bereit sind. Aber Brief und Siegel müssen schon vom OB kommen.

Die auf Initiative der Städte Hiroshima und Nagasaki ins Leben gerufene weltweite Städtepartnerschaft hat sich zum Ziel gesetzt, in der Bevölkerung das Interesse für die Ausrottung von Atomwaffen zu wecken.

Gießener Echo, September 1988

Jahrestag des Atombomben-Massakers in den japanischen Städten.

Wir meinen, der Magistrat sollte die Zeit bis dahin nicht ungenutzt verstreichen lassen. Gemeinsam mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften sollten die Planungen für den Jahrestag aufgenommen werden.

Wir, von der DKP, sind jedenfalls bereit, dabei tatkräftig mitzuhelfen, um den Planungen zum Erfolg zu verhelfen.

Wir nehmen an, daß auch innerhalb anderer Gießener Organisationen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist.

Wir hoffen auf eine baldige Antwort zu unseren o.g. Fragen und Vorschlägen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

i.A. Mario Berger

IN EINEM SCHREIBEN an Oberbürgermeister Mutz bittet die DKP-Wohngebietsgruppe Mitte/Ost um Antwort, wann endlich der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17. 10. 1985 zur Unterstützung der „Friedenspartnerschaft der Städte“ in die Tat umgesetzt wird. Die auf Initiative der Städte Hiroshima und Nagasaki ins Leben gerufene weltweite Städtepartnerschaft hat sich zum Ziel gesetzt, bei der Bevölkerung das „Interesse für die Ausrottung von Atomwaffen“ zu wecken. Angesichts des naherrückenden Jahrestages der Atombombenabwürfe auf die japanischen Großstädte im August müsse sich der Magistrat unverzüglich Gedanken machen, wie dieser Tag zur Weiterentwicklung der Friedensbereitschaft genutzt werden kann, meint die DKP.

GAZ 4.7.88

Der erste Schritt. In eine atomwaffenfreie Welt.



DKP

kommunale Friedenspolitik

Von 2807 Achim bis 5352 Zülpich

Die kommunale Friedenspolitik mauserte sich in den letzten fünf Jahren neben der betrieblichen Friedensarbeit zu einem bedeutenden Teil der gesamten Friedensbewegung. Waren es 1984 erst etwa 100 Gemeinden der BRD, die sich zu atomwaffenfreien Gebieten erklärten, oder sich der internationalen Friedenspartnerschaft der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki angeschlossen haben, so waren es 1987 bereits über 214, davon solche Städte wie Hannover, Bielefeld, Köln oder Augsburg.

Gießener Echo, Oktober 1988

burg, Fuldatal lehnen den Bau von Schutzräumen bzw. die Wiederherstellung vorhandener Anlagen ab. "Der beste Schutz der Bürgerinnen und Bürger . . . wird gewährleistet durch eine starke und beharrliche Friedenspolitik." Die Stadt Kassel organisierte sogar Besichtigungsfahrten für Interessierte zu den Bunkerplätzen.

Einige Gemeinden begrüßen die Bemühungen der lokalen Friedensinitiativen, über die Gefahren eines Atomkriegs zu informieren und die Bürger für die Ziele des Friedens zu gewinnen.

Und in Gießen?

Auch die Stadt Gießen ist in diesem prominenten Kreis der atomwaffenfreien Zonen vertreten. Allerdings warten viele Bürger seit 1985 (!) auf die Verwirklichung der "Unterstützung" der internationalen Friedenspartnerschaft mit dem "Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen". Viele Vorschläge wurden bisher von der DKP vergeblich eingebracht.

Wieder ist ein Hiroshima-Jahrestag am 6.8. verstrichen, ohne daß der Magistrat konkrete Schritte eingeleitet hätte: Eine historische Nachlässigkeit, wenn man bedenkt, daß sich am 6.12. der Tag der Bombardierung Gießens jährt; Fahrlässigkeit, wenn man bedenkt, daß die US-Regierung die Ergebnisse der Rüstungsbegrenzung durch eine "Modernisierung" rückgängig machen will; politische Kurzsichtigkeit angesichts der finanziellen Ausblutung der Kommunen und der hohen Verschuldung Gießens.

Die DKP jedenfalls wird die Realisierung des Stadtverordnetenbeschlusses einfordern, mit Aktionen, über den Petitionsausschuß usw.

Die Friedenspolitik Gießens wird so im Kommunalwahlkampf nicht untergehen.

Bei der
Rüstung kürzen,
damit die
Gemeinde
nicht zu kurz kommt



DKP

Rüstungspolitik führt zu Gemeinden-Verschuldung

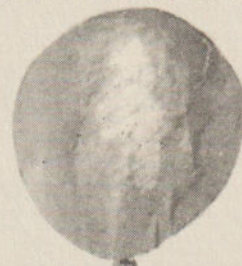
Diese Entwicklung ist nicht verwunderlich. Denn den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals, wenn man ihre finanziellen Möglichkeiten betrachtet. Viele von ihnen geraten immer tiefer in den Strudel der Verschuldung. Die Bonner Rüstungspolitik reißt immer größere Löcher in die Kassen der Städte und Gemeinden.

Die "Konsolidierungspolitik" Bonns, mit denen die Städte verpflichtet wurden, Personal und Dienstleistungen abzubauen, hatte zur Beseitigung der finanziellen Spielräume der Kommunen geführt. Die Ausgaben- und Verschuldungsspielräume Bonns erhöhten sich im selben Maße.

Von Friedenskonferenz bis Trauerbeflaggung

Mit zum Teil sehr konkreten Beschlüssen ergreifen die Gemeinden in den internationalen Auseinandersetzungen Partei für Rüstungsabbau und Friedenssicherung. Manche beschließen, die von Hiroshima angebotene Fotoausstellung zum Atombombenmassaker der amerikanischen Armee zu zeigen, ordneten Trauerbeflaggung für die Jahrestage der Abwürfe an, regten ihre Schulen zur Friedenserziehung an, planten gemeinsame Kongresse mit den Partnerstädten und informierten ihre Bürger auf Stelltafeln. Viele Städte und Gemeinden wie Dortmund, Kassel, Frei-

Arbeits
plätze
statt
Raketen
wacht



**Keine Atomraketen
in unserem Land!**

DKP



Manfred Mutz
Oberbürgermeister
der Universitätsstadt Gießen

6300 Gießen Lahn, 12. 10. 1988
Berliner Platz 1
Telefon (0641) 305-2000

Deutsche Kommunistische Partei
Wohngebietsgruppe Mitte/Ost
Frankfurter Str. 59

6300 Gießen

Hiroshima-Städtepartnerschaft;
hier: Ihr Schreiben vom 05. 10. 1988

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Städte Hiroshima und Nagasaki wurden im Juli über das Koordinierungsbüro bei Herrn Oberbürgermeister Schmalstieg in Hannover von dem Beschluß des Stadtparlamentes in Kenntnis gesetzt. Eine Antwort des Büros oder der genannten Städte liegt bis jetzt noch nicht vor.

Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Städtepartnerschaft sind derzeit nicht geplant. Hier werden wir im Einzelfall entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Mutz



Der Uhrenturm von Shimomura Tokei-ten in Hiroshima, 700 Meter östlich des Hypozentrums, ist durch die Druckwelle, die ihn von der Seite traf, zusammengeknickt. Foto: Shigeo Hayashi.

Hiroshima-Städtepartnerschaft: Erster Erfolg der DKP OB Mutz antwortet nach fast vier Monaten

Nach langem Drängen der Wohngebietsgruppe Mitte/Ost hat Oberbürgermeister Mutz wissen lassen, daß er im Juli 1988 die Unterstützung der Stadt Gießen für die "Hiroshima-Städtepartnerschaft" an das "Koordinierungsbüro" (für die BRD) in Hannover weitergemeldet hat.

Gießener Echo-Leser wissen:

Der Beschluß dazu wurde bereits 1985 im Stadtparlament gefaßt. Eine so lange gereifte Ausführung müßte eigentlich viele Ideen für eine offensive Friedenspolitik nach sich ziehen.

Jedoch: "Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Städtepartnerschaft sind derzeit nicht geplant. Hier werden wir im Einzelfall entscheiden." (Oberbürgermeister Mutz)

Moral: Was haben ein Hund und der Magistrat gemeinsam? Antwort: Beide müssen manchmal zum Ziel getragen werden. Das Ziel des Magistrats muß lauten: Aktive Friedenspolitik. Sie darf kein Einzelfall bleiben.

Fazit: Der Magistrat muß von allen Gießener Friedensfreunden zum Ziel getragen werden. Sonst kommt die kommunale Friedenspolitik auf den Hund.

Gießener Echo, November 1988 M. Berger



lesen - abonnieren!

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Herausgeber: DKP-Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, Frankfurter Str. 59, 6300 Gießen; Bezugsgebühren: 10 DM jährlich (einschließlich Versandkosten). Konto-Nummer: 193070 bei der Bezirkssparkasse Gießen. Eigendruck. Wenn Sie die regelmäßige Zustellung des GIESENER ECHO wünschen, schreiben Sie an Gießener Echo, DKP-Kreisvorstand, Frankfurter Str. 59, 6300 Gießen (Telefon: 0641/71304).

**Bis Anno 2000 werden
wir es schaffen –
unsere Erde ist frei
von Atomwaffen**

Brief der DKP an den Magistrat mit dem Vorschlag für einen

Hiroshima-Platz in Gießen

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ihre, lange Zeit ausstehende, Antwort vom 12.10.1988 auf unsere Vorschläge haben wir erhalten.

Dezember 1988
Rund drei Jahre nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur Unterstützung der Friedenspartnerschaft ist das bisherige Ergebnis der Stadt Gießen äußerst dürftig und unzureichend. Es entspricht keinesfalls den Erwartungen, die in diesen Beschluß gesetzt wurden. In einer Stadt, die mit militärischen Einrichtungen und Atomwaffen vollkommen überlastet ist, darf man nicht so zögerlich an einen Beschluß herangehen, der die Lebensinteressen der Gießener Bevölkerung so stark berührt.

Echo
Wir haben Ihnen unsere Zusammenarbeit in diesem Punkt angeboten. Leider bisher ohne Resonanz.

Gießener Echo
Als ein erster Schritt zur Aktivierung der Friedensbereitschaft in der Bevölkerung und zur Dokumentation der Zugehörigkeit Gießens zur "Friedenspartnerschaft der Städte", unterbreiten wir Ihnen den Vorschlag, daß der bisher namenlose Platz am Haupteingang des Kaufhauses Horten - an der Einmündung der Löwengasse in die Katharinengasse - zum "Hiroshima-Platz" benannt wird.

Hiroshima-Platz in Gießen

Am 6. Dezember, dem 44. Jahrestag der Bombardierung Gießens, benannten Mitglieder der DKP Gießen den Platz im City-Center vor Horten in HIROSHIMA-PLATZ. Die Stadt



Gießen ist vor mehr als drei Jahren der von Hiroshima initiierten "Vereinigung der Städte zur Verhinderung eines Atomkrieges" beigetreten; bisher hat der Magistrat jedoch in keiner Weise versucht, diese Städtepartnerschaft mit Leben zu erfüllen. Die DKP forderte nochmals die Stadt auf, als einen ersten Schritt zur Umsetzung dieses Beschlusses und zum Gedenken an die Atombomben-Opfer von Hiroshima diesen zentralen Ort in Gießen auch offiziell nach Hiroshima zu benennen und das provisorisch angebrachte Schild zu



Dieser zentrale Ort in der Innenstadt würde der weltweiten Bedeutung dieser Städtepartnerschaft gerecht werden. Da Gießen selbst ein Opfer von Luftangriffen wurde und nur durch Zufall einem Atombombenangriff entkam, würde es im Interesse aller Bevölkerungsteile liegen, wenn ein öffentlicher Platz ständig an das Inferno erinnert.

Wir hoffen darauf, daß Sie endlich reagieren und verbleiben
mit freundlichen Grüßen
i.A. Mario Berger

ersetzen. - In einem Flugblatt, das während der Aktion verteilt wurde, wies die DKP darauf hin, daß nur die verspätete Entwicklung der US-Atombombe den Raum Frankfurt vor einem atomaren Inferno bewahrt hat; die heutigen Massenvernichtungswaffen, von denen auch einige in Gießen gela-



gert sind, bedrohen jedoch in einer grauenhaften Dimension die gesamte Menschheit. Unser gemeinsames Eintreten für Frieden und Abrüstung, für eine Welt ohne Atomwaffen, ist heute notwendiger denn je.

GAZ 17.12.88 *

HIROSHIMA-PLATZ soll nach dem Willen der DKP die Kreuzung von Katharinen- und Löwengasse vor City-Center und Kaufhaus Horten genannt werden. Dies hat die Partei kürzlich dem Magistrat unterbreitet. Anlaß für diesen Vorstoß ist, daß die Stadt vor drei Jahren zwar durch einmütigen Parlamentsbeschluß der von der Stadt Hiroshima ins Leben gerufenen »Vereinigung der Städte zur Verhinderung eines Atomkrieges« beigetreten ist, daß die Stadt aber noch nichts dafür getan hat, sich aktiv an dieser Partnerschaft zu beteiligen.

**AM 6. DEZEMBER 1944 WURDE GIESSEN IN SCHUTT UND ASCHE GELEGT.
AM 6. AUGUST 1945 GING HIROSHIMA IM FEUER EINER ATOMBOMBE UNTER.**



Daß es nicht noch schlimmer gekommen ist, verdanken wir einer Verspätung!

Die Atombombe, die am 6. August 1945 um 8.15 Uhr über Hiroshima abgeworfen wurde, war in Wirklichkeit für den Raum Frankfurt gedacht. Nur die um acht Monate verspätete Entwicklung der Bombe hat die Pläne der USA geändert. Im August 1945 hatte Deutschland schon kapituliert.

Der Abwurf der Atombombe war ein Experiment, das bis jetzt 200 000 Menschen das Leben gekostet hat.

Die gleichen mächtigen und kaltblütigen Kräfte,
die die Bombe bauen ließen, herrschen heute noch.

Unsere Stadt beherbergt atomare Sprengköpfe.
Unsere Kinder leben in der Nachbarschaft des Todes.

War die Wirkung der ersten Atombombe schon schrecklich, so sind die heutigen Massenvernichtungswaffen, die mit viel Geldaufwand verbessert und produziert werden, von grauenhafter Dimension; sie bedrohen die gesamte Menschheit.

Hiroshima mahnt uns.

Wir setzen uns für eine Städtepartnerschaft zwischen Hiroshima und Gießen ein, damit wir den Schatten des Todes wahrnehmen und bekämpfen können.

Vor drei Jahren hat die Stadt Gießen beschlossen, der Initiative der Städte zur Verhinderung eines Atomkrieges, die von Hiroshima ins Leben gerufen wurde, beizutreten. Bis heute hat der Magistrat aber nicht das geringste unternommen, diese Städtepartnerschaft auszufüllen.

Als erste Maßnahme geben wir, die Deutsche Kommunistische Partei Gießen, diesem Platz im City-Center den Namen

Hiroshima-Platz

Ostermarsch '89



Hiroshima-Städtepartnerschaft

Vor fast 44 Jahren fielen auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki die US-amerikanischen Atombomben, an denen Hunderttausende Menschen in Elend zugrunde gingen.

Heute demonstrieren wir auf diesem Ostermarsch 1989 gegen eine Modernisierung der Hiroshima-Nachfolgewaffen durch die amerikanische Regierung und die von dieser alten Politik profitierenden Rüstungskonzerne. Wir wollen eine atomwaffenfreie Welt bis zum Jahr 2000 und eine Modernisierung der Politik.

Gerade hier unser Kundgebungsplatz, Ort für den Beginn vieler Ostermärsche, wäre am geeignetsten, den Namen der Stadt zu tragen, die nicht nur viel Leid hinter sich hat, sondern auch die Initiative zu einer weltweiten Städtepartnerschaft des Friedens gestiftet hat:

Hiroshima-Platz

Gießen ist seit 1985 unterstützendes Mitglied dieser Städtepartnerschaft. Aber Oberbürgermeister Mutz sieht immer noch "keinen Handlungsbedarf". Wir haben Vorschläge über Vorschläge zur Ausgestaltung der Städtepartnerschaft gemacht, unsere Hilfe angeboten - Schweigen im Magistrat!

Deshalb haben wir von der DKP im letzten Jahr, am 6. Dezember, dem Jahrestag der Bombardierung Gießens durch US-Flugzeuge, die Initiative ergriffen und diesen Platz symbolisch "HIROSHIMA-PLATZ" getauft.

Der neue Magistrat ist jetzt gefordert:

Wir wollen endlich eine würdige und öffentlichkeitswirksame Form der Platzbenennung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung! Warum gibt es noch kein Hiroshima-Zimmer in der Kongreßhalle?

Die kommunale Friedensarbeit von Magistrat und Parlament in Gießen muß verstärkt und ausgebaut werden, gemeinsam mit der außerparlamentarischen Friedensbewegung.

Die Hiroshima-Städtepartnerschaft muß durch Ausstellungen, Filmvorführungen, Vorträge angeregt werden!

Hiroshima-Platz

DKP Gießen

Offener Brief der DKP

Betr.: Hiroshima-Städtepartnerschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

seit dem 6. Dezember 1988, dem Jahrestag der Bombardierung Gießens, trägt der Platz vor dem Haupteingang des Kaufhauses Horten den Namen Hiroshima-Platz. Wir, von der DKP, haben den Jahrestag zum Anlaß genommen, in der Öffentlichkeit auf die seit nunmehr 3 Jahren bestehende Unterstützung einer Städtepartnerschaft des Friedens durch die Stadt Gießen hinzuweisen.

Im Jahre 1985 vom Stadtparlament verabschiedet fristete dieser Beschluß in den Schreibtischschubladen des Magistrats ein unwürdiges Dasein. Erst auf unser wiederholtes Drängen hin fand sich Oberbürgermeister Mutz bereit, diesen Beschluß an das "Koordinierungsbüro" bei Herrn Oberbürgermeister Schmalstieg in Hannover weiterzuleiten.

Es ist ein Trauerspiel, wie mit derartigen Beschlüssen des Stadtparlaments umgegangen wird. Seit Jahren wird für diese "Partnerschaft des Friedens" kein einziger Pfennig im Haushaltsplan der Stadt Gießen ausgewiesen. Uns schrieb der Oberbürgermeister am 12. 10. 1988: "Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Städtepartnerschaft sind derzeit nicht geplant. Hier werden wir im Einzelfall entscheiden."

Damit das nicht so bleibt, damit auch in Gießen Zeichen gegen die wieder beginnende NATO-Hochrüstung mit unsichtbaren Bombern und Laserwaffen gesetzt werden, bitten wir Sie: Helfen Sie mit, damit endlich der Beschluß des Stadtparlaments in Gießen verwirklicht wird. Schreiben Sie an Herrn Oberbürgermeister Mutz oder an den Magistrat der Stadt Gießen! Tragen Sie bitte diesen Beschluß in ihre Organisationen und Parteien, in denen Sie tätig sind. Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Beltz, Spitzenkandidat zu den Kommunalwahlen

gez. Mario Berger, Vorsitzender der DKP-

Wohngebietsgruppe Mitte/Ost

Gießener Echo, Februar 1989

Auch Jusos fordern den Hiroshima-Platz

Gießen (ta). Bei einer Versammlung der Jungsozialisten-AG Gießen-Nord wurde soeben einmütig die Forderung verabschiedet, die bislang namenlose Einmündung der Löwen- in die Katharinengasse offiziell »Hiroshima-Platz« zu benennen. Die Jusos schlossen sich damit einem seit Monaten von der DKP erhobenen Verlangen an. Sie sieht in diesem Schritt einen Beitrag dazu, der schon im Herbst 1985 im Stadtparlament einmütig beschlossenen Unterstützung des »Programms zur Förderung der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen« auch Aktivitäten folgen zu lassen. Deshalb hatten die Kommunisten vor einigen Wochen dem Platz vor dem City-Center bereits ein entsprechendes Namensschild verpaßt.

Im Magistrat gibt es nach Auskunft von Bürgermeister Lothar Schüller bislang keine Meinungsbildung zu der DKP-Forderung. In ihren aktuellen Wahlprogrammen hatten sowohl SPD als auch Grüne verlangt, daß die Stadt Gießen sich verstärkt an der von den Städten Hiroshima und Nagasaki ins Leben gerufenen Initiative beteiligen soll.



Ostermarsch von Gießen nach Frankfurt

Gegen die Gefährdung des Friedens - Pressekonferenz von DGB und Friedensinitiativen

GA 2

22.3.89

Gießen (su). »Die Ostermärsche sind eine Gelegenheit, auf die noch immer be-
Gefährdung des Friedens zwischen den Völkern, aber auch des innenpoliti-
hinzuweisen. Neben dem Problem der Rüstungspolitik erscheint uns
tisch ganz klar Stellung zu beziehen, wenn wir sehen, daß Kräfte-
nationale Aversionen aufzubauen versuchen. Die historis-
Wachsamkeit geboten ist.« Mit diesen Worten begr-
Bernd Lindemeier, DGB-Kreisvorsitzender
der, an den Ostermärschen teilzun-
das Bewußtsein der Bevölker-
großer Wichtigkeit sei-
»Die unter dem
folge von ...»

Wir rufen auf zum Ostermarsch

Karfreitag, 24. 3. 89, 18.00. Friedensgottesdienst, ev. Kirche Kleinlinden, mit Propstin
Helga Tröskén, Frankfurt.
Samstag, 25. 3. 89, 10.00. Auftaktkundgebung in Gießen, Hiroshimaplatz (vor dem
Citycenter) mit Bernd Engelmann, anschließend Abmarsch über Kleinlinden nach Lein-
mit Jongel-Bongel-Syndikat, Abends, Friedberg, FH-Mensa, Fest
gestern, 14.00 Volkshalle, Essen, mit Zeitlupe-
Ostermontag, 27. 3. 89, 13.00 Abschlußkundgebung Frankfurt, Römerberg.
Bus 9.00 ab Uni-Hauptgebäude, Gießen, Ludwigstraße, Karten bei Buchladen Kleine
Freiheit, Ricker'sche U.-Buchhandlung, Oldie, Büchergilde, DGB-Haus.

Rüstung tötet schon im Frieden: Schluß mit dem Tiefflug-Terror!
Keine neuen Atomraketen nach Gießen!
...gehung zum Ostermarsch
... am Samstag um 10 Uhr auf dem
... vor dem City-Center (vor Horten). Neben
Bernt Engelmann, Vertreter der Friedens-
initiative und Herbert Volkhardt, Vertreter der
-Sportler für den Frieden-, soll auch ein Mit-
glied des Magistrats anwesend sein. Wer kom-
men wird, stand gestern noch nicht fest. Bei
dieser Gelegenheit soll der Vorschlag unterbrei-
tet werden, den bisher noch namenlosen Platz
am City-Center mit »Hiroshimaplatz« zu benen-



GA 18.3.89

...bewußt
...utet daher: Die

nen. Der Marsch wird über Kleinlinden und
Großen-Linden zunächst nach Leihgestern füh-
ren, wo um 14 Uhr in der Volkshalle Kulturpro-
gramm mit dem »Kabarett »Zeitlupe« vorgese-
hen ist. Den Tag abschließen wird um 19.30 Uhr
eine Abendveranstaltung in der Mensa der
Fachhochschule Friedberg mit dem Jongel-
Bongel-Syndikat.

Der Motorrad-Club »Kuhle Wampe«, der
schon häufig bei solchen Aktionen mitgemacht
hat, trifft sich am Samstag um 9.30 in der Ring-
allee, von wo aus er durch Gießen zum City-
center fahren wird. »Die letzten Meter werden
atürlich geschoben«, versicherte Mitglied
»urkhard Barsikow. Danach geht es zum ameri-
kanischen Einkaufszentrum PX, wo englisch-
sprachige Flugblätter verteilt werden sollen.

Für die Abschlußkundgebung in Frankfurt
am Ostermontag stehen in Gießen Busse bereit,
die um 9 Uhr vor dem Uni-Hauptgebäude abfah-
ren werden. Während des Marsches wird auch
ein Kinderservice angeboten: Begleitender
Fahrdienst im 30-Minuten-Takt. Abhol- und
Heimfahrdienst morgens und abends. Bereit-
stellung von Kinderwagen, -fahrradern und
-handwagen sowie private Übernachtungsmög-
lichkeiten für die Kinder. Interessenten können
sich mit Helmut Spohrs, Tel. 06031 2102, oder
Werner Reiltschneider, Tel. 06034 3311, in Ver-
bindung setzen.

OB Mutz und die Hiroshima-Initiative

UNIVERSITÄTSSSTADT GIESSEN
Der Oberbürgermeister



Universität Giessen · Der Bürgermeister · Postfach 10450 · 3530 Giessen II

Bund der Antifaschisten - VVN
Frau Maria Deeg
Ludwig-Richter-Str. 30

Gießen, Berliner Platz 1

35300 Giessen

Tel. 0641/306- 2000/2001

Bitte Zettel mit Ihrer Nachricht um

20.04.89

Ursame Zeichen, um Ihre Nachricht um

10.3 / Ma

Tag

20.04.1989

Thema: Städtepartnerschaft mit Hiroshima

Was war vorausgegangen? Ria Deeg als Vorsitzende der VVN-Gießen hatte Mutz aufgefordert, in der schon 1985 beschlossenen Partnerschaft zu Hiroshima endlich aktiv zu werden. Nun hat dieser Beschluß so seine Eigenheiten (abgesehen von Volkstanzgruppen geht): Zunächst einmal ruhte er über 2 Jahre lang in der Versenkung (bis er von den Grünen nach einer Anfrage der DKP wiederentdeckt wurde). Es dauerte ein weiteres Jahr, bis der OB zumindest einmal ein Schreiben nach Hiroshima schickte. Dies ist bis jetzt aber auch die einzige Tat der Stadtoberrhäupter in direktem Zusammenhang mit dem Beitritt zum "Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen".

Man kann an der Antwort des Oberbürgermeisters Mutz auf ein Schreiben der VVN/Bund der Antifaschisten einiges aususetzen haben, aber ungeschickt ist sie nicht.

Mutz: "Ihr Schreiben... hat mich etwas verwundert. Dieser Beschluß ruht keineswegs 'in den Schreibfischschubladen des Magistrates', sondern ist vollzogen und somit wurde auch der Wählerwille respektiert. In den vergangenen vier Jahren dürfte Ihnen nicht entgangen sein, daß sich der Magistrat in einer Vielzahl von Entscheidungen an die Intention des Beschlusses gehalten hat. Es ist m.E. nicht damit getan, in regelmäßigen Abständen unverbindliche Erklärungen abzugeben oder Aktionen durchzuführen, sondern in der täglichen praktischen Politik Zeichen zu setzen..."

Mit freundlichen Grüßen
Mutz
Oberbürgermeister

Natürlich ist es der VVN und vielen anderen Bürgern der Stadt Giessen nicht entgangen, daß sich der Magistrat in einigen (und nicht in einer Vielzahl) von Entscheidungen an den Geist des Beschlusses gehalten hat. Aber ist nicht der Widerstand gegen den US-Depot-Ausbau oder gegen Tiefflüge die ureigenste Aufgabe eines Magistrats, einer gewählten Volksvertretung also? Dazu verpflichtet doch schon das Grundgesetz!

Nein, bei aller scheinbaren Überlegenheit ist das schlechte Gewissen nicht zu verbergen. Doch dies bietet ja schon einen Ansatz. Für konkrete Taten des Magistrats wird es auch genügend hilfreiche Hände geben. Und keine Angst: OB Mutz braucht sich nicht zum Kommunistenknecht zu machen, der Hiroshima-Platz ist auch in seiner eigenen Partei schon ein Begriff.

Gießener Echo, Juni 1989

hjj.



Kommt jetzt der Hiroshima-Platz?

Nachdem die Stadt Gießen sich bisher beharrlich geweigert hat, der bereits 1985 erfolgten Verabschiedung der Hiroshima-Städtepartnerschaft Taten folgen zu lassen, hatte die DKP im Dezember 1988 den Kundgebungsplatz im City-Center in "Hiroshima-Platz" benannt und den Magistrat aufgefordert, diese Benennung auch offiziell zu vollziehen. Doch aus dem Stadthaus kam - was diese Sache betrifft - bisher nur Schweigen.

Inzwischen hat auch die Gießener Friedensinitiative während der Auftaktveranstaltung des Ostermarsches, die wieder auf dem "Hiroshima-Platz" stattfand, diese Forderung erhoben, und auch die Juso-AG Gießen-Nord hat sich angeschlossen. Da es wirklich keinen vernünftigen Grund geben kann, diese Benennung länger zu verweigern, bleibt zu hoffen und anzunehmen, daß dies eine der nächsten Amtshandlungen des neuen Magistrates sein wird - zumal auch in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen eine stärkere Beteiligung der Stadt Gießen an der von den Städten Hiroshima und Nagasaki ins Leben gerufene Initiative "mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen" enthalten ist. Selbstverständlich darf es mit dieser Benennung allein nicht getan sein.

Es gibt viele weitere Möglichkeiten, diese Städtepartnerschaft des Friedens mit Leben zu erfüllen: Veranstaltungen, Ausstellungen, Filmvorführungen, gegenseitige Besuche der Partnerstädte. . . und natürlich vor allem eine aktive und konsequente Friedenspolitik des Gießener Magistrates. Die DKP



ist gerne zur Mitarbeit bereit.

In einigen Städten der BRD existieren Bündnisse, in denen sich verschiedene Organisationen zusammengeschlossen haben, um in Verwirklichung dieser Städtepartnerschaft gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen. Wäre dies nicht auch in Gießen möglich?

Gießener Echo, Mai 1989

Mario Berger

Was tut man, wenn man zu hohe Miete zahlt, sich über die Steuer"reform" ärgert, sich nicht immer mehr Geld vom Staat aus der Tasche ziehen lassen will, Maasenvernichtungswaffen als Bedrohung empfindet?

VERÄNDERN
Mitglied werden



Mach mit in der DKP

- Ich möchte weitere Informationen der DKP zum Thema
- Ich möchte die UZ (Tages- und Wochen-) – Zeitung der DKP – kennenlernen
- Ich möchte das Gießener Echo abonnieren
- Ich möchte das Gießener Echo drei Monate lang kostenlos zur Probe beziehen
- Ich möchte Mitglied der DKP werden

Name:

Anschrift:

Ausschneiden und einsenden an:

Herausgeber: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, Frankfurter Str. 59, 6300 Gießen;



Gießens Städtepartnerschaft mit Hiroshima

Mit folgendem Antrag an das Stadtparlament fordert Michael Beltz, DKP, Stadtverordneter der Linksfraktion, endlich der vor fast 26 Jahren beschlossenen Städtepartnerschaft Taten folgen zu lassen:

Der Magistrat der Stadt Gießen erfüllt die am 19.10.1985 durch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossene, von Hiroshima und Nagasaki initiierte Städtepartnerschaft zur „Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“, mit Leben. Das heißt u.a.:

* Anbringung des Namens an den Eingangsschildern der Stadt, auf denen auch die anderen Partnerschaf-

ten erwähnt sind,

* Benennung eines Platzes/einer Straße nach Hiroshima, z.B. den Katharinenplatz, der in der Friedensbewegung in Gießen schon lange Hiroshima-Platz heißt

* Durchführung kommunaler Friedensveranstaltungen und –feste, die Herausgabe von Büchern und Broschüren, Bilder und Fotoausstellungen über die atomaren Verbrechen

Gießener Echo 08-2011

Begründung:

Die Katastrophe von Fukushima weist uns 25 Jahre nach Tschernobyl erneut auf die unbeherrschbaren Gefahren der Atomkraft hin. Wieviel größer die Gefahr im Falle des Abwurfes

von Atombomben ist, haben die Bombenabwürfe auf die beiden japanischen Städte gezeigt. Hunderttausende Menschen gingen elend zugrunde.

In der Erkenntnis der atomaren Kriegsgefahren hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen am 17.10.1985 Gießen zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Am 19.10.1985 war im Gießener Anzeiger zu lesen: „...beschlossen die Abgeordneten sämtlicher Fraktionen einstimmig, dass Gießen dem von zwei japanischen Städten initiierten „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beitreten soll.“

Am Antikriegstag: heiße Diskussionen zum Hiroshima-Platz

Es war fast Mitternacht als die Stadtverordneten sich zu dem Beschluß durchringen konnten, daß in Gießen eine Straße/ein Platz nach Hiroshima benannt werden soll. Das ist der Auftrag an die Straßenbenennungskommission.

Michael Beltz hatte den Antrag gestellt, die Stadt möge endlich ihrem

vor 26 Jahren einstimmig gefaßten Beschluß, der von Hiroshima und Nagasaki initiierten Partnerschaft zur „Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beizutreten, Taten folgen lassen (s. GE 8/11). Vorausgegangen war eine hitzige und emotionale Diskussion, in der vor allem die getroffenen Hunde bellten. Das waren besonders die Stadtverordneten von SPD und Grünen, der Parteien, die damals besagten Antrag eingebracht und sich als Wortführer der Friedensbewegung geriert hatten, um dann gut zehn Jahre später unter Schröder/Fischer den ersten deutschen Krieg nach 1945 zu führen.

Dabei hat Michael Beltz ihnen das,

wozu er allen Grund gehabt hätte, gar nicht unter die Nase gerieben. Wohl aber die Tatsache, daß die NATO in ihren Kriegen (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen) Uranmunition verwendet, die zwar nicht mit Atombomben vergleichbar ist, aber zu gleichen Erbschädigungen führt wie in Hiroshima.

(Fortsetzung auf Seite 3)



Inhalt:

Eritrea/Kurden/Stadtwerke	S.2
Vertragsbrecher Rhön-Klinikum	S.3
Hartz IV/Rentenbeschleiß/Ausbeutung	S.4
Staatsschulden/Sonntagsarbeit	S.5
Polzisten + Faschisten/MWSt-Betrug	S.6
Leserbriefe	S.7
NATO-Protectorat Libyen/Termine	S.8

(Fortsetzung von Seite 1)

Am Antikriegstag...

Besonders Klaus-Dieter Grothe (Grüne) brachte erst seine Sprachlosigkeit zum Ausdruck („ich weiß gar nicht, was ich sagen soll“ – worauf auf der Tribüne zu hören war: „dann laß es sein“), bezeichnete dann den Antrag (oder die Rede?) als unangemessen und falsch und schilderte daraufhin seinen schmerzhaften Prozeß der Wandlung von einem Pazifisten (versehentlich sagte er „Polizisten“) hin zu einem, der militärische Gewalt für sinnvoll¹⁾ hält (meinte er Krieg? – oder ein bißchen Krieg?).

Beltz warf er vor, sich als Pazifist zu gebärden, was dieser von sich wies: schließlich habe er schon früher für den Vietkong gesammelt - gegen die US-Aggression. Den Unterschied zwischen einem Pazifisten und einem Menschen, der für den Frieden in der Welt kämpft, kann ein Kriegsbefür-

worter nicht erkennen.

Auch Gerhard Merz (SPD) und Wolfgang Deetjen (Grüne) bliesen ins gleiche Horn: „unangemessen...“, „wird dem Thema nicht gerecht...“... und dann ließ Deetjen wieder die Beschuldigung „perfide“ fallen (lt. Duden: hinterlistig, tückisch), auf die gerne zurückgegriffen wird, wenn der wunde Punkt getroffen und Argumente fehlen.

Merz versuchte noch zu erklären, damals sei – im Gegensatz zu heute – eine hochexplosive Zeit gewesen, was die Atommächte betrifft, kommunale Friedenspolitik heute, das sei Fair Trade und ähnliches. Hat er nicht bemerkt, daß es die Stärke der Atom-macht UdSSR war, die jahrzehntelangen Frieden in Europa garantiert und verhindert hat? Erst nach der Niederlage der sozialistischen Länder folgt ein Krieg – mit deutscher Beteiligung - dem nächsten, egal ob

die Bundesregierung von SPD/Grün oder CDU/FDP gestellt wird?

Gegen die Straßenbenennung stimmten CDU, FWG und FDP; die im Antrag weiter vorgesehenen Maßnahmen wurden allesamt abgelehnt. E.B.

***) Ergebnisse "sinnvoller militärischen Gewalt"**

in Jugoslawien: 115.000 Tote

in Afghanistan: 25.000 Tote (allein 2010 2777 getötete Zivilisten)

im Irak: bis 2007 80.000 getötete Zivilisten. - Aufgrund des gegen den Irak verhängten Embargos starben eine halbe Million Kinder, wie US-Außenministerin Albright 1996 öffentlich bestätigte.

in Libyen: seit Febr. 2011 50.000 Tote (nach Angaben der "Rebellen").
Alle Zahlen Mindesschätzungen